Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 194 | Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 21. August 1919. | Jahrgang 1.

Deutschland ist immer noch da, und seine unsichtbare Kraft ist ungeschwächt; und zu seinem Beruf wird es sich wieder einstellen mit nicht geahnter Gewalt, würdig seiner alten Heroen und seiner vielgepriesenen Stammeskraft. Fr. D. Schleiermacher (August 1806).

Offener Brief
an Herrn Minister Haenisch.

Herr Minister!

Sie sind ein Mann des Volkes und haben ein Herz für seine Not. Unser Volk leidet schwer, leiblich und seelisch, an den Folgen des Krieges und der Revolution. Namentlich bei unserer Jugend zeigt sich jetzt erst die ganze Tiefe der Erschöpfung. Da sollte man nun erwarten, daß die Unterrichtsverwaltung darauf Rücksicht nehme und das kostbare Gut der leiblichen und seelischen Gesundheit unserer Jugend zu bewahren und wiederherzustellen versuche. Statt dessen werden die Anforderungen höher und höher geschraubt. Ganz besonders schlimm ist es in den mittleren und höheren Schulen, die doch auch von Kindern des Volkes besucht werden. Fünf, ja sechs Stunden hintereinander Unterricht, weiter Schulweg mit schwerem Gepäck, den Nachmittag womöglich noch einmal derselbe Weg für eine einzige Stunde, und dann häusliche Arbeiten, zwei, drei, auch vier Stunden. Den Erwachsenen will man nicht mehr als eine achtstündige Arbeitszeit zumuten, aber den Kindern?! Herr Minister! Das ist unverantwortlich!

Ich bin selbst Schulmann und habe von der Pike auf gedient an Volksschule und Mittelschule, Präparande und Seminar, an höheren Schulen und Hochschule. Im „Steckrübenwinter" habe ich als Leiter der sozialen Schule auf Veranlassung der dieselbe tragenden Arbeiterführer schon einmal meine Stimme erhoben, bei der Schulverwaltung ohne Erfolg. Ein Ohr fand ich nur bei den hohen Militärs, besonders bei General Gröner. Herr Minister! Das wird jetzt wohl anders werden. Wenn es nicht anders wird, dann werden die Eltern dafür sorgen, daß Änderung eintritt, und man wird die Schultyrannei durch den Schulstreik brechen. Ist es nicht unerhört, daß das Provinzialschulkollegium der Ärzteschaft Bielefeld auf ihre Eingabe nur zu erwidern wußte, in anderen Orten herrschte auch Unterernährung, statt daß es schleunigst für Abhilfe sorgte. Herr Minister! Sie selbst sind Schulmann und Sie wissen, daß alle Verfügungen nutzlos sind, wenn nicht mit Entschlossenheit der Stoff beschränkt wird. Von dem Aberglauben sind Sie völlig frei, daß die Menge des Stoffes die Höhe der Bildung bedinge. Wollen Sie den nachgeordneten Stellen diese Erkenntnis auch vermitteln. Das wäre das erste und wir zählen auf Sie, Herr Minister!

Nun ein zweites. Alle die Vorschläge zur Schulreform, zur Einheitsschule, auch der für amtlich geltende Reinhardtsche, entspringen mehr den gutgemeinten Absichten der Lehrerschaft als den unmittelbaren Bedürfnissen des handarbeitenden Standes. Selbst Schulmann und seit 30 Jahren im Kampf für Recht und Bildung unseres Arbeiterstandes, ist mir dieser Mangel immer augenscheinlicher geworden, und ich spreche im Namen des evangelischen Teils der christlich-nationalen Arbeiterschaft, wenn ich hierauf den Finger lege. Aus der Volksschule tritt neun Zehntel der Schülerschaft ins praktische Leben, und das ist gut so. Sollen nun diese neun Zehntel minder geeignet sein zum wirtschaftlichen und politischen Aufstieg als das übrige ein Zehntel, welches auf der Schulbank bleibt? Die Erfahrung hat gelehrt, daß Männer, welche durch die Praxis gegangen, durch die Handarbeit das Auge geschärft und durch die Verantwortung den Willen gestählt haben, auf technischen Hochschulen später Besseres geleistet haben als gleichbegabte, die den Weg von Schule zu Schule genommen haben. Es gilt deshalb, in unserm Bildungswesen gerade den beruflichen Weg zu den höchsten Stellen frei zu legen. Die Pflichtfortbildungsschule ist gut und nötig. Aber neben den Pflichtstunden müssen freiwillige Stunden eingeführt werden, mathematischer, wissenschaftlicher oder kaufmännischer Natur, um die Weiterbildung schon auf der Fortbildungsschule zu ermöglichen. Dann findet die Selbstauslese statt, die viel besser ist als die Auslese durch die Eltern und Lehrer. Die letzteren namentlich vergreifen sich oft ungeheuer, indem sie den Musterschüler für den Tüchtigsten des praktischen Lebens halten. Der junge Mann, das junge Mädchen, das sich neben seiner Berufsarbeit mit Anspannen besonderer Kraft selbst weiter gebildet hat, das wird geeignet sein, durch die Fachschule und auf der Hochschule in die führende Stellung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens einzurücken. Alle andern Wege treten an Wichtigkeit vor diesem Wege zurück. Helfen Sie ihn uns wahren, Herr Minister!

Endlich ein drittes. Sie haben mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß die hinter uns liegende Zeit durch ihren Materialismus die ideale Kraft unseres Volkes hat verkümmern lassen, und daß auch die Sozialdemokratie von diesem Vorwurf nicht freizusprechen ist. Nun aber die Folgerung daraus für unser Schulwesen. In den Vordergrund gehören Gesinnungsfächer, das Deutsche, die Geschichte als Geschichte unseres deutschen Volkes. Endlich, und Sie werden das nicht bestreiten, Herr Minister, Sittlichkeit und Religion. Die neue Reichsverfassung bietet die Möglichkeit einer freien und ungehemmten Entwicklung gerade des Religionsunterrichtes. Die Überzeugungen weder der Lehrerschaft noch der Eltern und Schüler sollen vergewaltigt werden, Herr Minister, nicht die der Neugläubigen, aber auch nicht der Altgläubigen. Ein großer Teil unserer Arbeiterschaft ist altgläubig und will altgläubig bleiben, weil sie sehr wohl weiß, daß nur aus dem Geiste entschlossenen Christentums wahrer Gemeinsinn und wirklich soziale Gesinnung fließt. Wir verlangen für uns freie Bahn. Wollen Sie entschlossen den Zusammenschluß unseres ganzen Volkes, wollen Sie das aufrichtige Zusammenwirken aller sozial denkenden Schichten und Kreise, dann, Herr Minister, keine religiöse Vergewaltigung. Tyrannei ist unerträglich, Schultyrannei ist doppelt unerträglich, nichts ist unerträglicher als Schultyrannei in Gewissenssachen. Herr Minister, wir sind Ihrer Zustimmung gewiß, und wir erwarten von Ihnen die Tat!

D. Jaeger.

Zeitbilder.

Am 13. August ist die neue Verfassung in Kraft getreten. wir haben nun wieder einen Reichstag und einen Reichskanzler und in bezug auf diese beiden Punkte sieht es genau so aus, als wie vor dem 9. November. Aber wie gewaltig ist die Veränderug zwischen dem, was Bismarck geschaffen und dem, was jetzt ins Leben gerufen worden ist. Gestützt auf das siegreiche Schwert schloß der König von Preußen mit den übrigen deutschen Bundesfürsten einen ewigen Bund, dem die deutschen Parlamente zustimmten. Ein Jubelruf ging damals durchs deutsche Volk: Ein Reich! Ein Kaiser! „Aus sechzigjähriger Nacht steigt, befreit von den Schlacken des römischen Reiches, deutscher Nation, ein an Haupt und Gliedern reformiertes Reich empor", schrieb damals Kronprinz Friedrich Wilhelm in sein Tagebuch. Das neue Reich war im Kanonendonner der Einigungskriege geboren worden. Die deutsche Armee hatte, um mit Bismarck zu reden, den Reif der Kaiserkrone aus den Reihen der französischen Bataillone gehauen und gekittet wurde die neue Schöpfung durch das vergossene Blut aller deutschen Stämme auf Frankreichs Ehrenfeldern; geschaffen aber wurde das Reich durch die deutschen Fürsten, getragen allerdings durch die jubelnde Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes. Die gewaltigen Quadern dieses Baues waren die deutschen Groß- und Mittelstaaten, der Eckstein aber Preußen. Der verbindende Mörtel: die kleinen Bundesstaaten. Die alles tragende Säule: Das Kaisertum.

Kaiser und Reich

war das Zeichen der Bismarckschen Schöpfung. Unter diesem Wahrzeichen seiner alten Herrlichkeit hat das deutsche Volk in wenigen Jahrzehnten einen unvergleichlichen Aufstieg genommen. Zur Erhaltung dieses Reiches ist 1914 das deutsche Volk in den Weltkrieg getreten und hat mit Simsonskraft den russischen Bären niedergeschlagen und mit Herkuleskräften dem englischen Seelöwen schwere Wunden zugefügt und dem gallischen Hahne die Flügel gestutzt, um schließlich noch am Ende seiner Kraft der ungeheuren Übermacht — wie einst der biblische Riese Simson, nicht ohne eigenes Verschulden — erliegen zu müssen. In den Gluten des Weltkrieges und in dem Flammenmeer der Weltrevolution zerbrach die Kaiserkrone, zerschmolz das Werk Bismarcks. Aber aus dem

Naknarök — der gegenwärtigen Götterdämmerung

ist die neue Verfassung des deutschen Reiches geboren worden, und zwar auf freiester, demokratischer Grundlage mit starker Neigung zum Einheitsstaate. Schon heute haben wir eine Reichswehr — die früheren Heereskontingente sind verschwunden, — eine Reichspost, — die Reservatrechte werden bald der Vergangenheit angehören —, Reichseisenbahn — Reichselektrizitätswirtschaft und vor allem die Reichssteuerverwaltung. Ein Reichswohnungsgesetz und Reichs-Wohnungsamt, ein Reichsarbeits- und Reichstarifamt werden weitere Etappen auf diesem Wege sein. Vielleicht ist es heute nicht mehr zu kühn, an ein Reichsschulgesetz und Reichsschulamt, sowie an eine Reichskirche zu denken. Der Zug der Zeit geht jedenfalls in der Richtung in der

Reichseinheit

weiter. Wie einst nach der napoleonischen Niederlage aus dem mehr oder minder lose zusammenhängenden preußischen Staate der festgefügte Einheitsstaat wurde, so wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, das Ziel der Entwicklung sein: aus den einstigen souveränen Bundesstaaten werden Reichsprovinzen werden. Ob diese Entwicklung zu bedauern oder zu begrüßen ist, wird die Zukunft lehren. Für heute genügt es, die Linien der Entwicklung zu markieren.

Zur Lebensfähigkeit des deutschen Volksstaates gehört auch ein modernes Volksheer. Dazu zwingt uns — trotz des Völkerbundes — nach wie vor unsere geographische Lage. Allerdings nach dem Friedensvertrage sollen wir vom nächsten Frühjahr ab nur noch eine Freiwilligen-Armee von 100 000 Mann haben und im englischen Unterhause hat neuerdings Churchill verkündigt, daß nach Jahresfrist England und Deutschland die einzigen großen Nationen sein werden, die keine Wehrpflicht haben. Churchill hat leicht reden! England denkt nicht daran, seine Flotte zu verkleinern und deshalb kann es sehr schnell die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und zu einer kleinen freiwilligen Landarmee — wie in der Vorkriegszeit — zurückkehren. Ganz anders liegen aber die Dinge für uns Deutsche. Für uns ist die allgemeine Wehrpflicht

eine geographisch-politische Notwendigkeit

und deshalb im höchsten Maße eine sittlich-nationale Pflicht, die wir erfüllen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen Deutsche zu sein. Daran wird auf die Dauer der Friedensvertrag nichts ändern. Im übrigen aber mehren sich die Stimmen in der internationalen Welt, die gegen den Gewaltfrieden Front machen, und seine Revidierung im Sinne der Gerechtigkeit verlangen, und den Ausbau des Völkerbundes im Geiste der Versöhnung fordern. Auf der internationalen Tagung in Bern und auf dem Amsterdamer Gewerkschaftskongreß ist in schärfster Weise an diesem Meisterstück der alliierten Staatskunst Kritik geübt worden. Beachtenswert ist auch das, was der Burengeneral Smuts an Kritik und positiven Forderungen ausgesprochen hat: „Es sind territoriale Veränderungen getroffen worden, die eine Revision erfordern werden" . . . „Ich vertraue darauf, daß der Völkerbund sich für Europa doch als ein Ausweg aus den Ruinen erweisen wird, die der Krieg mit sich gebracht hat." Weder der Friedensvertrag noch der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt macht seinen Schöpfern Ehre, umsomehr werden wir hoffen müssen, daß die Gedanken, die einst der Kirchenvater Augustin in seinem „Gottesstaate" über den Völkerfrieden und der Herzog von Sully und der Quäker William Penn oder endlich auch die deutschen Denker Kant und Hegel vertreten haben, früher oder später restlos verwirklicht werden. Was wir jetzt vor uns sehen, ist allerdings nur ein Zerrbild von dem, was einst die besten Köpfe der verschiedenen Völker über das Wesen des Völkerbundes geäußert haben. Aber gerade der Umstand, daß die Vertreter der verschiedensten Nationen ihre Gedanken als Bausteine zu einem Tempel des Friedens und der Versöhnung beigetragen haben, ruft uns Goethes zuversichtliches Wort in die Erinnerung:

„Versäumt nicht zu üben die Kräfte des Guten.
Wir heißen euch hoffen!"

Paul Rüffer.

Die ungarische Regierungskrise.

Die Alliierten gegen eine Regierung Erzherzogs Joseph.

Die Besetzung des Handelsministeriums und des Ernährungsministeriums, die bekanntlich den Sozialdemokraten vorbehalten bleiben sollten, durch den Eisengroßhändler Heinrich und den Direktor der ungarischen Schweinemastanstalt, Erdely, beweist, daß die Regierung Friedrich die Hoffnung, die Sozialdemokraten noch für sich zu gewinnen, jetzt aufgegeben hat. Irgendeine politische Stärkung hat natürlich die Regierung des königlichen Prinzen Joseph durch den Eintritt Heinrichs und Erdelys nicht erfahren.

Die Pariser Blätter berichten bereits, daß die Entente die Regierung Erzherzogs Joseph nicht anerkennen werde. In Wiener Ententekreisen wird darauf hingewiesen, daß nur der Rücktritt des Erzherzogs Joseph von der Regierung eine gedeihliche Lösung der ungarischen Frage ermöglichen würde. Ein gewaltsames Eingreifen gegen Erzherzog Joseph hält die Entente allerdings nicht für angängig, da sie auf dem Standpunkt steht, sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht einzumischen. Sie wird daher auch nicht mit der Wiederverhängung der Blockade gegenüber Ungarn vorgehen. Andererseits verlangt jedoch die Entente eine solche Regierung, durch welche der Wille der ganzen Nation zum Ausdruck gebracht wird, also den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung, welche hierzu durch die Haltung ihrer Partei ausdrücklich legitimiert erscheinen. Man glaubt, daß, wenn sich Erzherzog Joseph zum Rücktritt bestimmt fühlen sollte, ein aus drei Mitgliedern bestehender Staatsrat, und zwar ein Landwirt, ein Industrieller und ein Arbeiter, die Vertretung der Regierung übernehmen wird. Dieser Staatsrat hätte sodann die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden.

Deutsch-Westungarns Erhebung.

Die Bevölkerung des deutschen Teiles des Eisenburger Komitats erklärte in zahlreichen Versammlungen den Austritt aus dem ungarischen Staatsverbande und den Anschluß an Deutsch-Oesterreich. Die Versammlungen verliefen, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, überall erfolgreich. Die Beschlüsse wurden einstimmig und unter freiem Himmel gefaßt und die Erklärung des Volkswillens an die Regierung in Budapest, an die deutsch-österreichische Regierung, die Landesregierung in Steiermark und die Ententemissionen gesandt.

Der polnische Aufruhr.

Das Standrecht über Oberschlesien verhängt.

Von seiten des Kommandierenden Generals des 6. Armeekorps und des Staatskommissars für Schlesien und West-Posen wurde der verschärfte Belagerungszustand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neustadt, Neiße, Grottkau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streikens. Alle Streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Die Lage besserte sich bereits im Laufe des Montag für die deutschen Truppen ganz erheblich. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage, und es besteht begründete Hoffnung, daß in kürzester Zeit sämtliche Insurgentennester gesäubert werden können. Durch die Verhängung des Standrechtes wurden zahlreiche dunkle Elemente, die an den Vortagen sich an den Ausschreitungen beteiligten, eingeschüchtert. Unter den polnischen Banden befinden sich nachgewiesenermaßen zahlreiche polnische Legionäre in Zivilkleidung. Daß hinter den Banden überhaupt die reguläre polnische Armee steht, scheint von Stunde zu Stunde klarer zu werden. Die ganze Aktion zielt offenbar darauf ab, chaotische Zustände zu schaffen und die günstige Gelegenheit zum Eintrücken dazu zu benutzen, alle Abmachungen der Friedenskonferenz über den Haufen zu werfen.

Neue Ueberfälle im Kreise Rybnik.

Wie von amtlicher Stelle in Rybnik gemeldet wird, kam es in der Nacht zu Dienstag an allen Ecken und Enden zu Bandenkämpfen. Bewaffnete Haufen zogen von Rauden und Seibertsdorf gegen die Stadt Rybnik. Sie wurden unterwegs zurückgeschlagen. Ihre Verluste sind beträchtlich. Scharfe Ausschreitungen gab es in Ober-Schwirdland, ferner in Emmagrube und Radlin, wohin in den Morgenstunden der Panzerzug Nr. 32 abgelassen wurde. Mehrere Tote hatten die Angreifer in Seibertsdorf. Ebenso wurde ein Ueberfall auf Charlottengrube verübt, wo in den frühen Morgenstunden der Versuch gemacht wurde, die Reichswehr zu entwaffnen. Der Streik im Rybniker Revier ist in der Montag-Nachtschicht vollständig geworden. Den Bergarbeitern beginnen sich einzelne Kategorien anderer Arbeiter anzuschließen.

Polnische Meuchelmörder.

Im Kreise Pleß wurden an einer einzigen Stelle dreizehn scheußlich zugerichtete Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden. Meldungen über Greueltaten der Aufrührer laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da sie Plünderungen auch der Ernte befürchtet. Alle Vorkehrungen sind militärischerseits getroffen worden. Die Verluste im Beuthener Bezirk betrugen auf deutscher Seite fünfzehn Tote und 30—40 Verwundete.

Der Herd des polnischen Aufruhrs.

Ueber die Lage bei Kattowitz wird gemeldet, daß der Herd des Aufstandes auf Schoppinitz, Janow und Nikischschacht beschränkt ist. Kattowitz mit seinen Vororten ist gänzlich ruhig. Auch Myslowitz, wohin sich die kleinen Grenzpostierungen zurückgezogen hatten, war den Tag über nach der Schießerei der Sonntag Nacht im allgemeinen ruhig und fest in der Hand der Reichswehrtruppe.

Den Aufrührern gelang es, vereinzelt kleine Trupps, die in Ortschaften eingeschlossen waren, nach länger andauerndem Feuergefecht und infolge Munitionsmangels zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Postierungen meuchlings ermordet, so der Führer der eingesetzten Pionierkompagnie, der auf dem Wege nach Imielin einem Hinterhalte zum Opfer fiel. Die Erbitterung der Truppe, die ihre oberschlesische Heimat verteidigt, ist dem hinterlistigen Feinde gegenüber groß. Die eingesetzten Teile führten stellenweise ein stundenlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Leider werden auf unserer Seite Offiziere und Mannschaften vermißt, doch dürften die Verluste der Gegner erheblich höher sein.

Steigende Kohlennot in Breslau.

Die Magistratskommission beschloß wegen der Kohlennot, von Dienstag ab den Abendverbrauch von Gas und elektrischem Strom durch die Gastwirtschaften, Theater, Kinos, Konzerte und Tanzlokale von 9 Uhr abends ab zu untersagen, ferner bei Ausbleiben weiterer Kohlensendungen von Mittwoch ab den Verkehr auf der Straßenbahn stillzulegen, von Donnerstag ab die Stromabgabe für groß- und kleingewerbliche Betriebe um die Hälfte zu kürzen sowie gleichzeitig von 11 Uhr abends bis 4½ Uhr früh die Gaszufuhr und den elektrischen Strom in vollem Umfange zu sperren. Die Einstellung des Schnellzugsverkehrs der deutsch-österreichischen Bahnen ist in erster Linie auf den Streik in Oberschlesien zurückzuführen.

Der Staatsgerichtshof.

Die Errichtung eines Untersuchungsausschusses und eines Staatsgerichtshofes.

Der Verfassungsausschuß trat Montag nachmittag während der Plenarsitzung zur Beratung zusammen, um die Vorschläge seines Unterausschusses zur Vorlage wegen Errichtung eines Staatsgerichtshofes entgegenzunehmen. Die Beratungen führten schließlich zur Annahme des folgenden Antrages des Unterausschusses an die Nationalversammlung:

Die Nationalversammlung wolle beschließen auf Grund der Verfassung des Deutschen Reiches, Artikel 34, alsbald einen Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen: 1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere 2. ob Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, 3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treu und Glauben gewahrt worden sind, 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinaus grausam und hart waren.

Weiter hat der Verfassungsausschuß beschlossen, den Unterausschuß mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Artikel 108 der Reichsverfassung unter Ausdehnung seiner Zuständigkeiten im Sinne des Gesetzentwurfes zu beauftragen.

Die Reichsregierung ließ ihre Zustimmung zu diesem Beschlusse erklären.

Die Reichseinkommensteuer.

Die finanzielle Bedeutung der Reichseinkommensteuer.

Die finanzielle Bedeutung der geplanten Vereinheitlichung der Einkommensteuer ist eine doppelte. Sie ist einmal gelegen in dem Ertrag, der aus dieser wichtigsten aller Steuern geschöpft werden kann, sodann aber kommt ihr auch eine außerordentlich wichtige budgettechnische Bedeutung zu.

Was den Ertrag anlangt, so ist die Einkommensteuer von den Einzelstaaten und Gemeinden noch nicht bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgeschöpft. Was sich dabei noch herausholen läßt, wenn nur die Steuersätze überall gleichgemacht werden, erkennt man aus dem folgenden: Im Jahre 1912 schöpften Bundesstaaten und Gemeinden aus der Einkommensteuer zusammen rund 1200 Millionen Mark. Davon trafen sechs Elftel auf die Gemeinden und nur fünf Elftel auf die Bundesstaaten. Im Reichsdurchschnitt waren demnach die Zuschläge zur Einkommensteuer damals rund 120 Prozent. Nun aber gab es schon damals eine ganze Reihe von Industriegemeinden, wo Zuschläge in Höhe von 270 bis 300 Prozent erhoben wurden. Wäre damals überall ein gleicher Zuschlag von 290 bis 300 Prozent erhoben worden, so wäre aus der Einkommensteuer ein Mehrertrag von einer halben Milliarde zu gewinnen gewesen. Das allein zeigt schon, wie bedeutungsvoll eine Vereinheitlichung der Einkommensteuer mit gleichen Sätzen ist. Heute, wo wir mit aller Energie zugreifen müssen, darf kein Gebiet der direkten Steuern brachliegen bleiben. Wir haben wahrhaftig alle Veranlassung, diese ungenützten Möglichkeiten voll auszubeuten. Und wenn auch infolge des Krieges die Zuschläge überall gestiegen sind, Unterschiede sind auch jetzt noch in großem Maßstabe vorhanden und damit eben die Möglichkeit, schon durch Vereinheitlichung der Steuersätze erhebliche Mehreinnahmen zu erzielen. Wenn es keinen einzigen anderen Grund für die Einführung einer Reichseinkommensteuer gäbe, als die eben geschilderte Tatsache, daß man damit eine Milliarde Mark an indirekten Steuern sparen kann, auch ohne daß die Sätze in den Gemeinden mit höchsten Zuschlägen weiter gesteigert werden müssen, so müßte schon aus diesem Grunde die Steuer eingeführt werden.

Noch auf eine andere Weise wird der steuerliche Ertrag gesteigert werden. Es gilt auch, die Einkom-

---

Schwester Juliane.

Eine Jugenderinnerung von Lilli Gottfried.

II.

Näher und näher rückte der Abschied heran. Jetzt erst merkten wir, was wir einander geworden waren in der kurzen Zeit. Wir wohnten eine Stunde auseinander, aber so oft wir nur konnten, waren wir zusammen. Da war es einmal, daß sie sinnend sagte: „Wann werd' ich dich wohl wiedersehen, und wo und wie?" „Wenn überhaupt auf Erden, dann wahrscheinlich hier oder in B., wenn ich dich dort besuchen darf." Sie beachtete die letzten Worte nicht, sah mich forschend an und sagte gedehnt: „Soo?" „Was willst du? fragte ich. Da entrollte sie ein Bild meiner Zukunft, wie sie es sich ausgemalt hatte; es entsprach Zug für Zug meinen eigenen Wünschen. „Menschenkind, wie kannst du das wissen?" „Meinst du, unsereins wäre blind?" „Du willst doch nicht behaupten, daß du das alles in meinem Gesicht gelesen hättest?" „Nicht alles, aber vieles. Und deine Anlagen und Meinungen kenne ich. Da ist es nicht schwer, zu sagen, was für dich passen würde. Daß ich's getroffen habe, hast du schon zugegeben." „Ja, du hast recht, aber es geht mir wie dir: ich glaube nicht dran." „Aber ich. Und dann — du besuchst mich also im Sommer, versprich mir's!" „Gern, wenn ich's möglich machen kann." „Gut, ich freue mich schon darauf. — Du, — was wollt' ich doch sagen? — Ach so —" Und nun stellte sie hier eine Frage und da eine Frage, und bald wußte sie besser Bescheid um mich als irgend ein anderes Menschenkind. Dann schwiegen wir beide. Ich dachte, jetzt würde sie mir aus ihrem Leben erzählen, und wartete gespannt. Sie saß in tiefem Sinnen. Plötzlich fuhr sie auf. „Es wird dunkel, ich muß gehen." Bis zur Hälfte des Weges ging ich mit ihr. In Gedanken verloren schritt sie neben mir. Wir sprachen kein Wort. Gern hätte ich gewußt, was sie da drinnen zu verarbeiten hatte, aber fragen mochte ich nicht. Als ich zurückging, wußte ich nur eins: Julianens Leben ist auch nicht ohne Kampf gewesen, und etwas ist darin, das zu erzählen ihr nicht leicht wird. —

Dann sahen wir uns noch einmal, ehe sie nach S. ging. Viel sprachen wir über Vergangenes und Zukünftiges. Juliane erzählte kleine Züge aus ihrem Leben. Aber ich merkte wohl: was sie mir hatte sagen wollen, das sagte sie nicht. Doch heute mußte ich etwas wissen, um klatschsüchtigen Zungen entgegentreten zu können. Es war mir peinlich, und darum machte ich die Sache möglichst ungeschickt, indem ich gleich mit der Tür ins Haus fiel. „Ich muß dich etwas fragen, Juliane", sagte ich, „nicht aus Neugierde, sondern um besser für die eintreten zu können." Sie sah mich erstaunt an. Ich fühlte, wie ich bei ihrem Blick errötete. „Sei nicht böse", bat ich, „aber sieh', da hat jemand das Gerücht aufgebracht, du wolltest auch nicht aus Liebe zur Sache Diakonissin werden, sondern aus ganz anderen Gründen. Wieder und wieder habest du deinen endgültigen Entschluß hinausgeschoben, in der Hoffnung, der Wilhelm Meyer würde doch noch eines Tages kommen und um dich anhalten. Jetzt, da er sich mit einer andern verlobt habe, führtest du dein Vorhaben endlich aus, weil es dir unter diesen Umständen zu schwer würde, hier zu bleiben. Ich habe dagegen gestritten, möchte aber von dir selbst hören, daß ich recht hatte." Während ich sprach, hatte es mir geschienen, als ob Juliane etwas unruhig würde, und plötzlich durchfuhr es mich: wenn das der wunde Punkt wäre! Aber als ich es jetzt wagte, sie anzusehen, da traf mich ihr Blick ruhig und fest, und lächelnd sagte sie: „Du sollst wissen, wie sich die Sache verhält: wenn ich gewollt hätte, könnte ich längst Frau Meyer sein. Du kennst den Wilhelm doch? Nein? Er ist ein schöner, großer Mann, fein und liebenswürdig, hat etwas Vermögen und eine gute Stelle und ist sehr tüchtig in seinem Beruf. Dazu ist er ehrbar und häuslich, und er hatte mich lieb. Meine Eltern hätten es gerne gesehen, wenn ich ihn genommen hätte, seinen Verwandten war ich willkommen, er selbst bat immer wieder. Es tat mir sehr leid um ihn, aber es war mir nicht möglich, ihn zu heiraten." „Du liebtest ihn nicht?" „Ich liebte ihn wie einen Bruder, und ich freue mich, daß er jetzt eine gefunden hat, die ihn liebt, wie er's verdient. Hoffentlich wird er recht glücklich mit ihr!"

„Weißt du, Juliane, daß mir die Liebe mehr als einmal Rätsel aufgibt? Wie ist es nur möglich, daß man jemanden nicht lieben kann, der einen so stark und treu liebt, wenn er dazu noch alle möglichen Vorzüge hat? Es tut doch so wohl, von einem edlen Menschen geliebt zu werden, sollte da nicht — mit der Zeit wenigstens — unser Herz überwunden werden und wiederlieben lernen?" „Ich hätte auch nicht zu ihm gepaßt", sagte Juliane, ohne auf meine Frage einzugehen, „wir hatten verschiedene Lebensanschauungen. Er wurzelte zu sehr im Diesseits." „Das ist etwas andres. Welch ein Glück für dich, daß du vor dieser Liebe bewahrt bliebst! Wie schwer wäre es dir sonst wohl geworden, das Rechte zu wählen! — Ich freue mich, daß ich jetzt weiß, wie sich die Geschichte verhält." „Du darfst aber in meiner Verteidigung nicht zu weit gehen, Helene, hörst du? Laß niemand merken, wie die Dinge liegen. Übrigens ist es mir gleich, was die Leute darüber sagen. Unglücklich zu lieben ist ja keine Schande, und einen guten Geschmack trauen sie mir auch zu — also laß sie reden! Meinem Beruf kann das ja nicht schaden, oder meinst du? Würdest du's verurteilen, wenn ich wirklich aus dem Grunde ginge, den die Leute mir unterschieben?" „Nein, Juliane, verurteilen nicht. Aber du würdest mir leid tun. Sieh, ich meine so: die Frau ist dazu da, daß sie liebt, hilft und glücklich macht, sich selbst hingibt. Und in dieser Hingabe findet sie selbst das höchste Glück. Ist ihr das Familienleben versagt, so ist es doch nur natürlich und vernünftig, daß sie sich nach einem anderen Wirkungskreis umsieht, in dem ihr liebevolles Herz sich auswirken kann. Wo fände sie mehr Gelegenheit dazu, als im Dienst an den Armen, Kranken, Elenden!

(Fortsetzung folgt.)

menssteuer auf andere Grundlagen zu stellen als bisher. Wir müssen Steuerformen wählen, welche geeignet erscheinen, der steuerlichen Hinterziehung vorzubauen. Gelingt dies, so wird auch dadurch der Betrag ganz wesentlich erhöht werden. Auch durch die Gesamterfassung der Einkommen in allen Teilen von Deutschland durch eine einheitliche, gleichmäßig geordnete Steuer kann viel mehr herausgeholt werden als bei der heutigen Zersplitterung in den Steuergesetzen.

Da selbstverständlich auch die Sätze der Einkommensteuer ausgebaut werden müssen, so wird, selbst wenn man den Einzelstaaten und Gemeinden noch den gleichen Betrag ausfolgern würde, den sie im Frieden aus dieser Steuer gezogen, trotzdem fürs Reich eine gewaltige Mehreinnahme bleiben.

Budgettechnisch würde der Einkommensteuer im Reich eine große Wichtigkeit zukommen. Die Einkommensteuer ist eine elastische Steuer, d. h. ihre Erträge lassen sich leicht regulieren. Durch Erhöhung der Steuersätze kann man einen budgetmäßigen Fehlbetrag verhältnismäßig leicht beseitigen. Es werden dann nicht jedesmal neue Steuerreformen oder Schuldaufnahmen notwendig, wodurch das ganze fertige System störend beeinflußt wird. Da aber in der Zukunft die Reichseinnahmen viel größeren Schwankungen unterworfen sein werden als seither, so ist auch aus diesem Grunde eine Reichseinkommensteuer höchst erwünscht.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 18. August.

Das Offiziers- und Kapitulantenentschädigungsgesetz endgültig angenommen.

Nach ausgedehnter Aussprache hat die Nationalversammlung die Entschädigungsgesetze für Offiziere und Kapitulanten verabschiedet. Der Vorsitzende des Ausschusses, der das Offiziersentschädigungsgesetz beraten hat, Abg. Bolz (Ztr.) suchte den Nachweis zu erbringen, daß die Anträge und Forderungen der Rechten unvereinbar seien mit der Finanzlage des Reiches. Die Offiziere mit über zehn Jahren Dienstzeit haben keinen Grund zur Unzufriedenheit, und die jungen Offiziere können bei den reichlich bemessenen Abfindungen nicht in Not geraten. Es handele sich keineswegs um Bettelpfennige, sondern um sehr ansehnliche Beträge. Bei dem Offiziersentschädigungsgesetz, dem die Mehrheit des Hauses zur Annahme verhalf, kommen im ganzen 34 000 Offiziere in Frage, von denen 4000 in die Reichswehr übertreten. Von den übrigen 30 000 haben 20 000 mehr als zehn Dienstjahre hinter sich. Neben den Uebergangszulagen, die etwa 80 bis 100 Millionen Mark betragen, führt das Gesetz zu einer jährlichen Dauerbelastung von 100 Millionen Mark. Höhere Ansprüche zu befriedigen, verbiete die Finanzlage des Reiches.

Der preußische Kriegsminister Reinhardt bedauert wohl, daß der Ausschuß nicht alle Wünsche erfüllt habe, sieht jedoch in dem Bedürftigkeitsnachweis einen gangbaren Weg; es gehe nicht der Ehre zuwider, wenn man einen Vermögensnachweis erbringen muß, um mehr zu bekommen, als man an sich zu beanspruchen habe.

Im Verlauf der Aussprache machte der Reichswehrminister Noske einige interessante Mitteilungen über den augenblicklichen Effektivbestand des Heeres. Danach besitzen wir zur Zeit alles in allem eine Armee von 400 000 Mann. Bis zum 1. Oktober hofft man die Abrüstung bis auf 250 000 Mann durchgeführt zu haben.

Nach dem Kapitulantengesetz wurde in rascher Reihenfolge in allen drei Lesungen noch die Novelle zum Mannschaftsversorgungsgesetz, der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten und die Vorlage über die Pensionierung politischer Beamten verabschiedet.

— Weimar, 19. August.

Kleine Anfragen.

Vor fast leeren Bänken wurde die Sitzung um 10 Uhr vormittags eröffnet. Nicht weniger als sechzehn kleine Anfragen wurden in Kürze erledigt. Dabei stellte sich mehrere Male heraus, daß die Anfragesteller gar nicht zur Stelle waren. Die betreffenden Anfragen fielen infolgedessen unter den Tisch. Die Forderung des deutschnationalen Abg. Graefe, das Aktenmaterial aus der Amtszeit des Staatssekretärs v. Kühlmann zu veröffentlichen, wurde von der Regierung damit beantwortet, daß zur Zeit das Material im Auswärtigen Amt zusammengestellt werde, daß aber bei der Veröffentlichung auf die internationalen diplomatischen Gepflogenheiten Rücksicht genommen werden müsse.

Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei, was die Regierung gegen die Abwanderung deutscher Kunstschätze ins Ausland zu tun gedenke, wurde entgegnet, daß bereits eine Verordnung in Vorbereitung sei, die eine Inventarisierung der im deutschen Privatbesitz befindlichen Kunstschätze vorsehe und jeden Verkauf ins Ausland von der behördlichen Zustimmung abhängig mache. Ein allgemeines Verbot sei, weil die Durchführbarkeit zu schwierig sei, fallen gelassen worden.

Nach Beantwortung sämtlicher Anfragen folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

Das Ausführungsgesetz zum Friedensvertrag soll in 10 verschiedenen Abschnitten der Regierung die Vollmacht erteilen, die Bedingungen des Friedens zu erfüllen. In drei Paragraphen verlangt sie zunächst unbegrenzten Kredit für die Entschädigungen an Belgien, deren Gesamtbetrag nach Ueberweisung des interalliierten Wiedergutmachungsgesetzes vom Reichsrate festzusetzen ist. Außerdem einen Gesamtkredit von 100 Milliarden Gold, also nach heutiger Valuta etwa 300 Milliarden. Aus der Begründung dieser Forderung geht hervor, daß die ersten 28 Milliarden demnächst nach Artikel 235 des Friedensvertrages als sofort zu hinterlegende Sicherheit bis 1921 zu dienen haben. Weitere 40 Milliarden für Schuldurkunden und dazu eine schriftliche Verpflichtung der Reichsregierung zur Ablieferung von noch 40 Milliarden, stellen noch nicht die endgültige, sondern nur eine Anzahlung als Garantie und Anerkenntnis der Wiedergutmachung des Reiches dar.

Nach kurzen begründenden Worten des Außenministers Hermann Müller wurden die beiden Gesetze an den Ausschuß verwiesen.

Sodann begann die zweite Lesung der Entwürfe über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Postscheckgebühren. Die drei Vorlagen wurden auch gleich in dritter Lesung angenommen. Eine regere Aussprache knüpfte sich an die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Wochenhilfe an, die den Damen des Hauses Veranlassung gab, ihrer Freude über diesen Gesetzentwurf Ausdruck zu geben, wenn er auch nicht alle Wünsche erfüllt.

Das Gesetz wurde schließlich in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Reichskanzler Bauer gab darauf eine Erklärung über die Zustände in Oberschlesien ab. Es steht wesentlich besser als nach den beunruhigenden Nachrichten angenommen werden konnte. Das Generalkommando ist Herr der Lage. Reguläre polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Wir sind militärisch stark genug, um dieser Putsche Herr werden zu können. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß die polnische Regierung diesen Dingen fernsteht und daß polnische Truppen sich nicht daran beteiligt haben.

Hierauf wurde um 2 Uhr die Sitzung auf nachmittag 4 Uhr vertagt.

In der Nachmittagssitzung wurde das Tabaksteuergesetz nach kurzer Erörterung gegen die Stimmen eines Teiles der Deutschnationalen und der Unabhängigen angenommen. Hierauf beschäftigte sich das Haus mit Wahlprüfungen.

Gummi- und Lederbewirtschaftung.

Es folgte der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Frage der Gummibewirtschaftung. Dem Vorschlage des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, den Abbau der Zwangswirtschaft für Gummi alsbald in die Wege zu leiten, die Einfuhr von Rohgummi und Halbfabrikaten freizugeben, die Beschlagnahme des Rohgummis aufzuheben, trat das Haus ohne Erörterung bei.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft über die Beratung der Frage der Lederbewirtschaftung legte eine längere Entschließung vor, die im wesentlichen bestimmt: die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgl. die Ausfuhr von Leder, Schuhen und Lederwaren; die Zwangsbewirtschaftung für Leder, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzuheben. Die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Leder usw. sind öffentlich zu verkaufen, der daraus erzielte Gewinn ist zur billigeren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhzeug zu verwenden; die an der Lederzwangswirtschaft beteiligten Wirtschaftskreise haben 60 Prozent ihres Konjunkturgewinnes zur Verbilligung der Schuhzeuge der minderbemittelten Bevölkerung abzuliefern. Die in den Militärwerkstätten überflüssig gewordenen Maschinen und Lederbestände sind den in der Kriegszeit stillgelegten Betrieben und dem Schuhmacherhandwerk zum Kaufe anzubieten.

Das Haus trat ohne Erörterung dieser Entschließung bei.

Auch eine Forderung des Tages.

Noch ein Wort zu „Ein ernstes Wort an unsere Leser" in Nr. 191.

Wie heißt das Zauberwort der Gegenwart? Organisation! Auf deutsch: Zusammenschluß. Alles verbindet sich, tritt zusammen zu Gruppen und Vereinen, und diese schließen sich zu großen und größten Verbänden zusammen. Der Einzelne gilt nicht viel und vermag nicht viel, aber viel Wenig machen ein Viel, und was der Einzelne nicht kann, bringt der Verband zuwege. Deshalb sehen wir in allen Ständen und Berufen die Verbände emporschießen und möglichst viel Mitglieder sammeln, um ihre Stoßkraft zu vergrößern und ihren Einfluß auszudehnen. Wollen Parteien, soziale Gruppen oder Weltanschauungen sich durchsetzen oder bemerkbar machen, so gründen sie Verbände, schließen ihre Anhänger zusammen.

Gilt nicht die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auch für die evangelischen Blätter und Zeitschriften? Wir haben eine Unmenge Sonntagsblätter, Gemeinde- und Gemeinschaftsblätter, Vereinsblätter, Blätter der Missionsgesellschaften oder der kirchenpolitischen Parteien. Das eine erscheint wöchentlich, das andere monatlich, das dritte alle vierzehn Tage und so fort. Aber ist diese Zersplitterung nötig? ist sie gut? Muß denn jeder Verein, jede Richtung, jede Gemeinschaft ihr eigenes Blatt haben? Es wäre doch richtiger, so und so viele Blätter und Blättchen zusammenzutun, zu größeren, etwa täglich erscheinenden Zeitungen zu vereinigen. In gut geleiteten Tageszeitungen evangelischer Richtung können die verschiedenen Gruppen, Gemeinschaften und Vereine sehr wohl ihre Nachrichten und Gedanken mitteilen. Alle diese Blättchen haben doch nur einen beschränkten Leserkreis, stellen also nur einen kleinen Sprechsaal dar, während evangelische Tageszeitungen, gut ausgebaut, leicht einen größeren Leserkreis gewinnen können. Damit würden Nachrichten des kirchlichen Lebens schneller und weiter verbreitet werden, Gedanken über religiöse, theologische, kirchliche Fragen könnten eingehender und vielseitiger besprochen werden und in weitere Kreise dringen. Natürlich wäre durch solche Tageszeitungen mehr Einfluß aufs evangelische Volk und die Öffentlichkeit zu gewinnen, als durch die vielen Winkelblättchen, die niemand kennt. Sozialistische, liberale, katholische Blätter gibts überall, diese Kreise wissen die Macht der Presse zu schätzen; wo aber bleiben die evangelischen Zeitungen? Sie sind der Öffentlichkeit zu wenig bekannt. Sollen wir hinter den Sozialisten, Kommunisten, Katholiken und Liberalen zurückstehen? Ist es nicht eine Schande, daß der evangelische Volksteil, an Zahl und kultureller bezw. wirtschaftlicher Bedeutung so hervorragend, nur so wenige Tageszeitungen seiner Richtung hat? An diesen Zuständen ist die Zersplitterung in viele kleine und kleinste Blätter nicht wenig schuld. Legt viele Blätter zu einigen wenigen zusammen, baut diese aus mit Erbauungsteil, Unterhaltungsbeilage, Wirtschafts-, Sozial-, Frauen-, Kirchen-, Schul-Rundschau, so daß auch gebildete Kreise die Zeitung gern lesen, dann leisten diese wenigen Zeitungen mehr als die vielen kleinen Blätter.

Auch technisch und finanziell erwachsen aus solchem Zusammenschluß manche Vorteile. Bekanntlich arbeiten größere Betriebe verhältnismäßig billiger als Zwergbetriebe. Viel Personal- und technische Unkosten könnten durch die Zusammenlegung gespart werden, und auch dem Papiermangel könnte eher begegnet werden. Zumal in der jetzigen Notzeit halten sich größere Blätter eher als kleinere. Zeitungen mit größerer Verbreitung bringen mehr Gelder der Bezieher und für Anzeigen, sind dadurch finanziell gesicherter. Die Zeit verlangt kräftige Geltendmachung evangelischen Einflusses auf die Öffentlichkeit, damit wir nicht an die Wand gedrückt werden. Darum fort mit der Zersplitterung, schafft gute, größere evangelische Tageszeitungen, die nicht fortdauernd mit finanziellen Nöten zu kämpfen haben. Ehrenpflicht aller bewußt evangelischen Männer muß es sein, die alte Sonderbündelei und Eigenbrödelei zu bekämpfen. Machet die Tore weit, und die Türen in der Welt hoch, daß evangelischer Geist einziehe in Welt und Leben!

Hamborn a. Rh. Pastor Becker.

Deutsches Reich.

— Wie „Agence Havas" der französischen Presse mitteilt, haben die von Deutschland zu erwartenden Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet jetzt ihren Anfang genommen. Die erste dieser Lieferungen geht sogar über die vereinbarte Menge hinaus; sie beträgt statt 883 000 über eine Million Tonnen für den Monat.

— Der sozialdemokratische Abgeordnete Hue, Beirat im preußischen Handelsministerium, begibt sich in den nächsten Tagen nach Versailles, um an den Verhandlungen mit der interalliierten Kommission über die Kohlenlieferung Deutschlands an die Entente teilzunehmen.

— Der ehemalige Herzog und die Herzogin von Braunschweig befinden sich seit einiger Zeit in Scheveningen. Der Herzog will sich für ständig im Haag niederlassen.

— Der endgültige Entwurf des Friedensvertrages mit Deutsch-Oesterreich wird am kommenden Freitag der deutsch-österreichischen Delegation in Saint Germain überreicht werden.

:: **Der bayerische Landtag gegen die Auslieferung des Kronprinzen Rupprecht.** Der Aeltestenrat des bayrischen Landtages hat, durch den Brief des Kronprinzen Rupprecht von Wittelsbach veranlaßt, bei der Deutschen Reichsregierung mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben gegen die von der Entente gehegte Absicht, deutsche Staatsangehörige vor einen ausländischen, einseitig besetzten Gerichtshof zur Aburteilung zu ziehen. Der Aeltestenrat ist der vom ganzen bayrischen Volk geteilten Ueberzeugung, daß ein derartiges Gerichtsverfahren gegen deutsche Staatsangehörige und gegen bayrische Staatsbürger ebenso den internationalen Auffassungen widerspricht, da eine Auslieferung an den ausländischen Gerichtshof den Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung zuwiderläuft. Der Aeltestenrat gibt der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung alle geeigneten Schritte bei den Regierungen der Entente unternehmen werde, um den Forderungen der Gerechtigkeit zum Siege über das Gebot der Macht zu verhelfen.

:: **Die rheinischen Selbständigkeitsbestrebungen.** Der neu gegründete Rheinlandsbund in Elberfeld fordert die sofortige Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im Föderativverbande mit den in Bildung begriffenen oberrheinischen Republiken. Vorsitzender ist der unabhängige Sozialdemokrat Joseph Smeets. Der Bund setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen, wobei wohl die radikalen Arbeitermassen und Bauernvertreter der rheinischen Volksstimme überwiegend vertreten sein dürften. Von Forderungen seien erwähnt: Abwägung der Interessen der Arbeiter und Bauern, Verbilligung der Nahrungsmittel durch Aufnahme unmittelbarer Beziehungen zwischen Arbeiter und Bauer, Gewinnbeteiligung der arbeitenden Klassen an Unternehmungen zur Hebung der Arbeitslust, Respektierung des rheinischen Eigentums im Auslande und der rheinischen Flagge auf dem Meere, Hebung des rheinischen Geldwertes, die Errichtung einer eigenen rheinischen Miliz und die entsprechende Herabsetzung der Besatzungskontingente.

△ **Das neue Fünfzigpfennigstück.** Zur Behebung der Kleingeldnot ist beabsichtigt, 50 Millionen neuer Fünfzigpfennigstücke bei den Münzstätten in Prägung zu geben. Das Modell des neuen Geldstücks weicht wesentlich von den bisherigen Münzen ab und dürfte sich für den praktischen Gebrauch gut eignen. Geplant ist, die neuen Stücke in Aluminium ausführen zu lassen. Auf der Vorderseite mit dem Rande gleichlaufend befindet sich auf den neuen Münzen die Inschrift „Deutsches Reich". Die Mitte der Vorderseite wird wie bei den Zehnpfennigstücken von einer „50" eingenommen darunter ist auf einem Schild „Pfennig" zu lesen. Unter dem Schild befindet sich die kleingehaltene Jahreszahl 1919. Die Rückseite weist lediglich ein Garbenbündel mit vollen Aehren auf, das in der Mitte von einem Band durchquert wird, auf dem zu lesen ist: „Sich regen bringt Segen." Die Schrift ist gotisch gehalten, der Umfang der Münze ist etwas größer als der des Zehnpfennigstückes. Der Rand der Münze soll wie bei den alten Fünfzigpfennigstücken gerippt ausgeführt werden.

△ **Das Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte.** Bekanntlich hat sich die Reichsregierung am 1. Februar dieses Jahres genötigt gesehen, ein Kündigungsverbot für Schwerkriegsbeschädigte und Schwerunfallverletzte zu erlassen, weil sonst zu befürchten

war, daß diese Personen völlig von dem Arbeitsmarkt verdrängt werden würden. Dieses Kündigungsverbot ist durch eine Reihe weiterer Verordnungen, zuletzt bis zum 1. September dieses Jahres, verlängert worden. Das mißliche eines solchen Verbots ist nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hofft, es beseitigen zu können, sobald das Gesetz über den Einstellungszwang in Kraft tritt, das zur Zeit in dem Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird. Um den Abbau des Kündigungsverbotes aber schon jetzt vorzubereiten, hat der Reichsarbeitsminister neuerdings angeordnet, daß Kündigungen Schwerverletzter wirksam sind wenn ihnen die zuständige Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder die Stelle, die von der Hauptfürsorgestelle für die Durchführung des Einstellungszwanges bestimmt ist, zugestimmt hat. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn ein anderer angemessener Arbeitsplatz für den Schwerbeschädigten gesichert ist. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Zukunft, sondern auch für alle Kündigungen, deren Wirksamkeit bisher durch das Kündigungsverbot ausgeschlossen war. Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten sind vor dieser neuen Verordnung gehört worden und haben ihr zugestimmt.

Rundschau im Auslande.

Polen: Polnische Arbeiter beim Wiederaufbau.

‡ Eine anscheinend amtliche, durch die Warschauer Blätter veröffentlichte Note läßt erkennen, daß die Besprechungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Frage der Heranziehung polnischer Arbeiter für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten in Frankreich zu einer vollständigen Einigung geführt haben und daß die Zuwanderung polnischer Arbeiter von größerer Ausdehnung sein wird, als man ursprünglich glaubte.

Rußland: Bolschewistische Niederlagen.

‡ Die Entente hat endlich die materielle Unterstützung der gegen Petersburg operierenden Nordarmee mit Munition und modernen Kriegswaffen zugesagt. Nachdem General Judenitsch die neue Regierung Estlands anerkannt hat, versprach der estländische General Saidoner, daß die estländischen Truppen mit der Nordwestarmee gemeinsam gegen die Bolschewisten vorgehen würden. In der Nähe von Alexandrowskaja Gorka haben die Bolschewisten eine große Niederlage erlitten. Die neuorganisierten russischen Truppen haben diese Stadt besetzt. In der Nähe des Bahnhofes von Podsery ist ein Sowjetregiment zu den estländischen Streitkräften übergelaufen. Nach einer amtlichen Reutermeldung sind die Bolschewisten von der Bevölkerung aus Odessa vertrieben worden. Es heißt ferner, daß sie im Begriffe sind Kiew und die ganze Ukraine zu räumen.

Vereinigte Staaten: Amerika und der Friedensvertrag.

‡ Präsident Wilson hat durch Vermittlung Hitchcocks dem Senat mitgeteilt, daß, was den Friedensvertrag betreffe, keinerlei Vorschläge oder Vorbehalte berücksichtigt werden könnten. Wenn der Vertrag abgeändert oder abgelehnt werde, dann müsse ein neuer Friedensvertrag geschaffen werden. Da die Großmächte und Deutschland den Friedensvertrag angenommen hätten, so würden die Vereinigten Staaten in die Lage kommen, sich mit dem Hute in der Hand an Deutschland wenden zu müssen mit dem Ersuchen, einen Sondervertrag annehmen zu wollen. Deutschland würde aus dem Umstand, daß es allein mit den Vereinigten Staaten zu tun habe, den äußersten Nutzen ziehen. Die Vereinigten Staaten würden von der Belieferung mit deutschen Farbstoffen, die für die Kaufleute aller Nationen erhältlich seien, ausgeschlossen werden. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß er den Bericht des Senatsausschusses über den Friedensvertrag innerhalb 10 Tagen erhalten werde.

Vereinigte Staaten: Die amerikanischen Pläne gegen Mexiko.

‡ Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sind gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Zeitungen sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß Großbritannien seine Einwilligung zur Annexion durch die Vereinigten Staaten gegeben hätte. Nach amerikanischen Nachrichten hat Carranza den britischen Bevollmächtigten aus Mexiko ausgewiesen, und zwar wie die amerikanischen Blätter hinzufügen, aus Aerger darüber, daß er von England nicht anerkannt werde.

Lokal- u. Provinzialnachrichten.

Bielefeld, 21. August 1919.

— **Öffentlicher Fernsprecher.** In den neuen Geschäftsräumen der Stadt-Sparkasse im Neuen Rathaus, Zimmer Nr. 22, ist eine öffentliche Fernsprechzelle errichtet. Der Ferner steht der Bielefelder Bürgerschaft zur beliebigen kostenfreien Benutzung zur Verfügung.

△ **Nachlässigkeit bei Briefaufschriften.** Ein oft beklagter Uebelstand macht sich im Postbetriebe neuerdings wieder empfindlich fühlbar. Die Vorschrift, daß in der Aufschrift der Postsendungen nach Berlin und anderen großen Orten Straße und Hausnummer, womöglich auch Stockwerk usw., angegeben sein müssen, bleibt sehr häufig unbeachtet. Allein beim Briefpostamt in Berlin gehen werktäglich rund 30 000 gewöhnliche Briefsendungen ein, bei denen die Wohnungsangabe entweder ganz fehlt oder unvollständig oder unrichtig angegeben ist. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und teuren Arbeitskräften es erfordert, solche Massen von schlecht adressierten Briefen den Empfängern zuzustellen, und daß Verzögerungen dabei unvermeidlich sind, obwohl beim Briefpostamt dauernd 22 Kräfte mit Nachschlagungen in Adreßbüchern, Erkundigungen bei anderen Behörden und sonstigen zweckentsprechenden Ermittelungen usw. zur Unterbringung dieser Sendungen beschäftigt sind. Abhilfe in diesem unerträglichen Zustand kann der Absender schaffen, wenn er es sich zur unbedingten Pflicht macht, bei Postsendungen nach großen Orten die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzuzufügen, im Verkehr nach Berlin außerdem den Postbezirk (O., N., NO. usw.) und tunlichst auch die Nummer der Bestell-Postanstalt anzugeben. Zur Erzielung solcher vollständigen Aufschriften können die Empfänger in den Großstädten, und zwar nicht allein Privatpersonen, sondern auch Behörden, Firmen, Banken usw., viel beitragen, wenn sie bei den von ihnen ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Umschlägen usw. der Ortsangabe ihre Straße und Hausnummer hinzufügen. Werden diese oft wiederholten Ratschläge nicht beherzigt, so würde die Postverwaltung, wie sie mitteilt, um sich der immer mehr zunehmenden Flut von Sendungen mit mangelhaften Aufschriften zu erwehren, kaum umhin können, zu einschneidenden Maßnahmen zu greifen.

Volkswirtschaftliches.

Der Rückgang des Markkurses. Die Schuld an dem andauernden Rückgang des Kurses der deutschen Reichsmark wird von schweizerischen Finanzleuten der vorzeitigen und nicht genügend klaren Ankündigung des Notenumtausches zugeschrieben. Deutschland habe durch den Kursverlust seiner Valuta heute schon viel mehr eingebüßt, als ihm die Anmeldung deutscher Banknoten, die sich als deutscher Besitz im neutralen Ausland befinden, an Steuerkapital je einbringen können. Seit dem ersten Auftauchen der Abstempelungs- und Umtauschpläne habe sich die deutsche Valuta um 27 Proz. gesenkt. Nehme man an, daß die Summe der in der Schweiz befindlichen deutschen Noten etwa zwei Milliarden Mark betrage, so wäre bis heute allein auf dieses Kapital ein Verlust von 540 Millionen Mark entstanden.

Deutsche Amerika-Linien? In Berlin haben in den letzten Tagen Beratungen von Vertretern derjenigen deutschen Schiffsgesellschaften, die vor dem Kriege Amerika-Linien unterhielten, statt gefunden. Man erörterte die Möglichkeiten, diesen Verkehr wieder aufzunehmen, obwohl sämtliche deutsche Schiffe, die diesem Zwecke dienen könnten, sich in amerikanischem Besitz befinden. Beschlüsse konnten noch nicht gefaßt werden, da das Schicksal des Friedensvertrages im amerikanischen Senat abgewartet werden muß. Erst nach der Ratifizierung des Vertrages durch den Senat werden die deutschen Schiffahrtsgesellschaften die Lage genauer übersehen und danach ihre Maßnahmen treffen können. Es gilt nicht als ausgeschlossen, daß es möglich sein wird, die deutschen Schiffahrts-Organisationen irgendwie mit den amerikanischen in eine Verbindung zu bringen.

Berlin, 19. August. (Börse.) Der hervorstechende Grundzug des Marktes läßt sich als Geschäftsunlust kennzeichnen. Unsere Anleihen gaben um kleine Bruchteile nach, ebenso Kriegsanleihen bei 80 Prozent um 0,30 Prozent niedriger.

Berlin, 19. August. (Warenmarkt.) Saatlupinen 25—32, Seradella 52—73, Spörgel 70, Inkarnatklee alter 170, neuer 200—220, Stoppelrübensamen 156—260, Saatraps 52,50—55, Saatrüben 52,50—55, Saatroggen 33,25, Saatweizen 36 für 50 Kilogramm ab Station. Hafer dieswöchig 52—53, August 50—51, September 45 bis 47, Flegelstroh 7—8, Zuckerschnitzel 67—70, Trockenschnitzel 36, Dörrgemüse 45, Torfmelasse 45, Melassefutter 35—43, Lupinenkleie 45, Zuckerrübenblätter 23—26 für 50 Kilogramm bahnfrei.

Bücherschau.

Deutschlands Erneuerung. Monatsschrifft für das deutsche Volk. Herausgegeben von G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, R. Geyer, M. v. Gruber, Dietr. Schäfer, G. W. Schiele, v. Schkopin, R. Seeberg. Schriftleitung Dr. Erich Kühn. Verlag: J. F. Lehmann, München. Bezugspreis: vierteljährig 6 ℳ, Einzelheft 2,20 ℳ.

Diese Monatsschrift übt eine scharfe, aber sittlich berechtigte Kritik an den Erscheinungen der Gegenwart und tritt mit festem, mutigem Glauben für die Zukunft eines reinen Deutschtums ein. — Aus dem Inhalt der August-Nummer: England — der Weltbeunruhiger von Dr. G. Krause. — Auf den Ruinen von Th. Mauch. — Deutsch-Österreich — eine Unmöglichkeit (wenn es ohne Anschluß ans Deutsche Reich bleibt) von Dr. Hartmeyer. — Vom Herrentum der Zukunft, von Hans v. Wolzogen. — Technische Umschau und Ausschau, von M. Geitel. — Bild der Lage, von E. Kühn.

Letzte Nachrichten.

Helfferich gegen Erzberger. Staatsminister a. D. Dr. Helfferich weist in einem Schreiben an den Reichspräsidenten Ebert zunächst mit Entschiedenheit „die von dem Reichsfinanzminister Erzberger ausgesprochene Verdächtigung" zurück, daß seine Angriffe der „Sabotage" der Steuergesetze, insbesondere des Gesetzes über das „Reichsnotopfer", dienen sollen. Seine wirklichen Beweggründe seien die folgenden: Er habe sich verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen die historische Wahrheit gegenüber der unser Volk verwirrenden Entstellung gewisser wichtiger Vorgänge während des Krieges zu ihrem Rechte zu verhelfen; dann sei er auf Grund seiner langjährigen Beobachtung des Herrn Erzberger zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Mann — abgesehen von seiner nach seiner Ansicht verhängnisvollen Betätigung auf dem Gebiete der großen Politik — eine Gefahr für die Reinlichkeit unseres öffentlichen Lebens bedeute, und daß er deshalb, zumal angesichts der weitgehenden Vollmachten, mit denen der Leiter der Reichsfinanzen jetzt ausgestattet werde, die denkbar ungeeignetste Persönlichkeit an der Spitze des Reichsfinanzministeriums sei. Er habe gegen den Reichsfinanzminister Erzberger zwar keine „Verdächtigungen" verbreitet dafür aber gegen ihn ganz bestimmt substanzierte Anschuldigungen erhoben; er habe sich öffentlich dazu bekannt, daß dieser Teil seines Kampfes gegen den Reichsminister Erzberger sich „gegen den Typ des politisch-parlamentarischen Geschäftemachers" und damit gegen die politisch-parlamentarische Korruption richte. Helfferich bittet schließlich den Reichspräsidenten, von seinen Anschuldigungen gegen den Reichsfinanzminister Kenntnis zu nehmen und das Erforderliche für eine einwandfreie Feststellung des seinen Anschuldigungen zugrundeliegenden Sachverhaltes in die Wege zu leiten.

Die Lage in Oberschlesien bedrohlich.

Die Lage im oberschlesischen Aufstandsgebiet ist nach wie vor sehr ernst. Die dortigen schwachen Reichswehrkräfte haben nicht vermocht, die Besetzung der polnisch-oberschlesischen Grenze und von Teilen der Kreise Kattowitz und Beuthen durch die Aufständischen zu verhindern. Im Abschnitt nördlich Beuthen, umfassend die Ortschaften Lublinitz, Dombrowka, Orzow ist die Ruhe wieder hergestellt. Im Abschnitt südlich Beuthen wird noch schwer gekämpft. Aber das Hauptnest der Putschisten, der Gottesherd-Schacht, ist ausgehoben. Dagegen wird im Industrieort Lipine noch gekämpft. Im Abschnitt Kattowitz sind nur die Stadt selbst und die Stadt Myslowitz in der Hand des Militärs, während die ganzen ländlichen Bezirke in der Hand der Putschisten sind. In Rosdzin und Opplinitz haben die Putschisten die Macht vollkommen in der Hand. Die öffentliche Gewalt wird dort von polnischen Volksräten ausgeübt. Die Eisenbahnstrecke zwischen Kattowitz und Myslowitz ist unterbrochen. Die Polen haben ein Stellwerk besetzt und behindern den Verkehr.

Vollständige Arbeitseinstellung in Oberschlesien.

Die Verkündigung des Standrechtes in Oberschlesien hat die Stillegung der letzten noch in Tätigkeit befindlichen Gruben zur Folge gehabt. Seit Dienstag früh ist daher eine vollständige Arbeitseinstellung in Oberschlesien zu verzeichnen. Die Zahl der Ausständigen ist auf 150 000 gestiegen. Infolge der Stillegung der letzten Gruben im Rybniker Revier ist die Kohlenförderung ganz unterbunden und die Verladung von Steinkohle hat vollständig aufgehört.

Ein Ultimatum der oberschlesischen Eisenbahner.

Die Verhandlungen zwischen den Breslauer Eisenbahnbehörden und dem Eisenbahner-Verband über die Forderungen der Eisenbahner wurden fortgesetzt. In einer Ansprache erklärte der Vorsitzende des Verbandes, Fuhrmeister, er würde für Aufrechterhaltung der Ruhe unter den Eisenbahnern garantieren, wenn von den Behörden bis zum Sonnabend, den 23., folgende zwei Forderungen erfüllt werden würden: 1. Die Bewilligung einer Entschuldungs- oder Ausgleichszulage von 500 Mark, 2. die Versetzung Breslaus in die erste Wirtschaftsklasse. Sollten diese Forderungen unberücksichtigt bleiben, so würde am nächsten Sonnabend eine große Eisenbahnerversammlung stattfinden, und der Generalstreik proklamiert werden. Die Versetzung Breslaus in die erste Wirtschaftsklasse würde für die Eisenbahner ein Mehrstundenlohn von 40 Pfennigen bedeuten.

Das Schicksal Deutsch-Westungarns.

Der ungarische Ministerpräsident Friedrich richtete an das rumänische Platzkommando das Ansuchen um schleunige Besetzung Westungarns durch rumänische Truppen, um einer ungerechtfertigten und voreiligen Besetzung seitens der Deutsch-Oesterreicher zuvorzukommen. In ungarischen Regierungskreise hegt man die Absicht, einer Besetzung Westungarns durch Deutsch-Oesterreich mit Waffengewalt entgegenzutreten.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 71, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heitenbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Fahrradhaus Biermann,
Herford, Gänsemarkt 7.
Fahrräder
mit In- und Auslandsgummi.
Decken, Schläuche, Zubehörteile. — Fernsprecher 426.

Nach Weimar sucht älteres Ehepaar umsichtige, einfache
Stütze.
Sup. Kuhnert, Belvedere Allee 21.

Herrnhut Sa.
Töchterschulheim der evangel. Brüdergemeine, Christl. Erziehung, sorgfältige Verpflegung, schöne, waldreiche Umgebung.
M. Hoffmann, Vorsteherin.

Evangel. soziales Frauenseminar
der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.
Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**

Die vierzigjährige Wüstenwanderung des deutschen Volkes.
Über dieses Thema spricht am kommenden Sonntag, den 24. August, im **Gemeinschaftshause zu Schildesche** nachmittags 4 Uhr Prediger Heinrich Dallmeyer.
Jedermann herzlich willkommen. Eintritt frei.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Anneliese
Töchterchens
zeigen in dankbarer Freude an
Hermann Potthoff und Frau Gretchen
geb. Mulisch.
Bielefeld (Zastrowstraße 271), 19. August 1919.